

Vom Klimapakt in den Bunker

Donald Trump führt die Supermacht USA in eine noch nie dagewesene Isolation

Eric Frey

Es hätte auch anders kommen können, wenn sich Donald Trump in Europa willkommen gefühlt hätte, wenn sein Schwiegersohn Jared Kushner, in Sachen Klimaschutz ein moderater Einfluss, nicht durch die Russland-Affäre zum jüngsten Problembären des Weißen Hauses geworden wäre – und wenn die Medien nicht wieder so böse über ihn geschrieben hätten. Dass die USA aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen, war trotz aller Wahlkampfankündigungen keine ausgemachte Sache.

Denn zahlreiche Konzernbosse, auf deren Rat Trump sonst so gern hört, haben ihn beschworen, auf diesen Schritt zu verzichten: Auch für die Wirtschaft der USA seien erneuerbare Energien eine Zukunftsbranche. Dass er den Ausstieg im Wahlkampf versprochen hatte, war nicht entscheidend. Trump hat schon viele Versprechen gebrochen, zuletzt die Übersiedlung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

Bis zuletzt schwankte Trump bei der Klimafrage zwischen den Pragmatikern, allen voran seiner Tochter Ivanka, und den Radikalen in seinem Team. Am Ende setzten sich Leute wie Steve Bannon und Scott Pruitt, der Chef der Umweltbehörde EPA, durch, für die Erderwärmung eine Mär und internationale Verträge eine unerträgliche Einschränkung der nationalen Souveränität sind. Sie überzeugten den Präsidenten, dass das Pariser Abkommen ein ganz schlechter Deal für die US-Wirtschaft ist, von dem andere Staaten profitieren.

Der mit typischem Trump-Bombast verkündete Ausstieg ist vor allem wegen seiner Symbolik ein schwerer Schlag für das Weltklima, doch die konkreten Auswirkungen sind beschränkt. Trump hätte auch sonst die meisten Klimaschutzmaßnahmen der Obama-Regierung rückgängig gemacht. Dennoch könnte der CO₂-Ausstoß in den USA weiter sinken, wenn billiges Erdgas die Kohle verdrängt.

Und ob tatsächlich andere Staaten der Supermacht folgen werden, ist ungewiss. Der weltgrößte Emittent China sucht nun gemeinsam mit der EU die Führungsrolle beim Klimaschutz. Und Trump bricht nicht alle Brücken ab. Aber die Neuverhandlungen, die er nun verspricht, sind unrealistisch; er wird dafür keine Partner finden. Doch sollte in knapp vier Jahren ein neuer Präsident ins Weiße Haus einziehen,

könnten die USA wieder am Klimapakt teilnehmen.

Trumps Entscheidung sagt viel über den Zustand der Präsidentschaft und über seine eigene Befindlichkeit aus. Er sieht sich von Feinden umringt und zweifelt an seiner eigenen Mannschaft. Die Signale der Mäßigung in den letzten Wochen haben ihm in den Medien und den Umfragen nichts gebracht. Und kommende Woche droht Trump durch die Aussagen von Ex-FBI-Chef James Comey vor einem Kongressausschuss massives politisches und rechtliches Ungemach.

Nun zieht sich der Mann, den die

US-Präsidentschaft von Tag zu Tag mehr überfordert, immer tiefer in seinen Bunker zurück, von wo er per Twitter gegen die Welt wütet. Er zieht wieder jene nationalistische Karte, die schon bei seiner Angelobungsrede für weltweites Entsetzen gesorgt hat.

Diese Politik führt die Supermacht in eine noch nie dagewesene Isolation. Den Preis dafür zahlen all jene in der Welt, die jetzt schon unter den Folgen des Klimawandels leiden, sowie die Staaten, die bisher auf den Bündnispartner USA gesetzt haben. Den größten Schaden aber richtet Trump in seinem eigenen Land an.

KOPF DES TAGES

Hochgefühl kommt vor dem Fall



Gegen Frankreichs Wohnbauminister Richard Ferrand wird ermittelt.

Foto: Reuters

Man kann es ihm nachfühlen. Da erreichte Richard Ferrand endlich, was er sein langes Berufs- und Politleben lang angestrebt hatte: Als Arbeitersohn aus der Provinz, das heißt ziemlich weit unten in der französischen Gesellschaftshierarchie, hatte er sich Schritt für Schritt, Stufe um Stufe hochgearbeitet – vom Gelegenheitsjobber zum Journalisten, dann vom Grafikunternehmer zum Leiter einer privaten Krankenversicherung. Und schließlich vom kleinen Departementsrat zum sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung. Dort saß er seit 2012, allerdings als Hinterbänkler, der es nicht recht ins Rampenlicht der Pariser Medien schaffen wollte. Also nahm Ferrand seinen ganzen Mut zusammen, sagte den Sozialisten Adieu und lief zum eben erst aufgehenden Stern der französischen Politik über – Emmanuel Macron.

Ferrand war einer der Ersten überhaupt, die das politische Potenzial des parteilosen Wirtschaftsministers erkannten, und er war der erste Abgeordnete, der sich Macrons Bewegung En Marche anschloss; folgerichtig wurde er deren Generalsekretär. Das war aber noch nicht Belohnung genug, schließlich hatte Ferrand die ganze Absetzbewegung auf der gemä-

ßigten Linken wie Rechten erst ins Rollen gebracht. Also machte ihn Macron auch zu seinem Minister für Wohnbau, Städteentwicklung und Raumplanung. Ferrand war plötzlich einer der mächtigsten Männer im Land, und man sah es ihm an: Er war sich dessen bewusst, er genoss seinen Triumph nach über dreißigjähriger Aufbauarbeit.

Ja, man kann ihm die Frustration nachfühlen: Denn nach bloß zwei Wochen im Ministeramt ist Ferrand zum Buhmann der Nation geworden. Er soll mehrfach private und persönliche Interessen vermengt und verwechselt haben, berichtete das Magazin *Le Canard enchaîné*, das

bekanntlich schon Präsidentschaftsfavoriten wie François Fillon zu Fall gebracht hatte. Ferrand stellte ebenfalls seinen Sohn als Parlamentsassistenten an, und seiner Ex-Partnerin verhalf er zu einem Immobiliendeal mit der von ihm geleiteten Krankenversicherung – und damit zu einem sechsstelligen Euro-Betrag.

Jetzt ist Ferrand nur noch ein Klotz an Macrons Bein. Und ein erster politischer Testfall für den Staatschef: Wird er seinen treuen Weggefährten, dem er so viel verdankt, stützen oder stürzen? Auf dem Spiel steht für Ferrand nichts weniger als sein Lebenswerk.

Stefan Brändle